485
483
489
479
494
474
534
434
584
384

Ende

Anfang

DIE SONNE

Dieses Blatt erscheint, außer Montag, alle Tage zu dem halbjährigen Preise von 1 fl. 48 kr., vierteljährig 54 kr., monatlich 18 kr. für Stuttgart; auswärts mit dem Post-Aufschlag von 1 fl. jährlich. Die Einrückungsgebühr beträgt für die Zeile 2 kr.

Alle Postämter nehmen Bestellungen an. — Briefe und Beiträge sind an die Redaction der Sonne, Rothebühlstr. Nr. 4, einzusenden. Die Expedition besorgt Herr L. Holtzschue, Eberhardsstraße Nr. 65.

Nr. 123. Dienstag den 17. October **1848.**

Noch ein Wort über Schulwahlen.

Es wurde schon oft über Schulwahlen in diesen Blättern gesprochen und jedesmal zu Gunsten derselben das Wort geführt. Auf den Schulstand so wenig wie auf den geistlichen Stand kann sich das Volk in dieser wichtigen Angelegenheit verlassen, denn beide sind (der Mehrzahl nach) Gegner der Schulwahlen: die Schullehrer, weil sie nach dem bisherigen Ergebnisse der meisten Schulwahlen oder aus Standesinteressen keine Besserung erwarten, die Geistlichen, weil sie fühlen, daß die Reihe, von den Gemeinden gewählt zu werden, alsdann auch an sie kommen werde.

Jeder, der die Forderungen der Zeit mit ungetrübtem Blicke aufzufassen gewohnt ist, muß fühlen, daß in der Wahl der Kirchen- und Schuldiener durch die Gemeinden das einzige gedeihliche, weil volksthümliche Element gegeben ist, und es ist uns unbegreiflich, daß sich unseres Wissens noch keine Gemeinde für diesen Gegenstand erhoben hat. Wollen die Gemeinden in einer Zeit, die alle wichtigen Rechte zum Vortheil der Gesammtheit reklamirt, gemüthlich zusehen, wie ihnen diese beiden hohen Rechte entwunden und in die Hand des Staats gelegt werden; dann mögen sie sich immerhin der Leitung ihrer innern Gemeindeangelegenheiten entschlagen und auch ihre Schulzenwahlen auf den Staatsaltar niederlegen, denn auch bei diesen kommen zuweilen Mückmäckereien vor. Wenn Schullehrer und Geistliche ihre Zeit nicht begreifen wollen oder können, dann mögen doch wenigstens die Gemeinden sie begreifen, oder aufhören, tagtäglich von den Errungenschaften des März das Maul voll zu nehmen. Begreifet ihr denn nicht, daß nur dann eure Kirche und eure Schule eine wahrhaft freie und darum fruchtbringende Kirche und Schule ist und bleiben wird, wenn die betreffenden Gemeinden, zu deren Heil und Segen sie eingesetzt sind, ihr Wort mit bei der Einsetzung der Lehrer und Geistlichen zu sagen haben? Und wisset ihr ferner nicht, daß, wenn ihr nur ein Recht, das euch gebühret, aus euren Händen gebet, ihr eine Schwäche zeiget, an der man euch bei der Entwindung anderer Rechte fassen kann? Lasset euch nicht beirren von Denen, die da sagen: der Staat (bez. die Kirchen- und Schulbehörde) muß besser wissen, als so ein Bauer, Gewerbs- und Handelsmann, wer zum Pfarrer und Schulmeister paßt; darin liegt ja eine auffallende Unmündigkeitserklärung für euch: ihr wollt das Gute und solltet nicht wissen, wie ihr es wollt? der Staat prüfe seine Kirchen- und Schuldiener — ihr aber wählet sie, so ist beiden Theilen geholfen, nur denen nicht, die da lieber Staats- als Gemeindediener sein wollen, die die Heerde weiden wollen, nicht zu Gunst und Liebe der Schaafe, sondern ihrer selbst wegen. Darum nochmals: laßt euch das Wahlrecht in Kirchen- und Schulsachen nicht nehmen, es ist nicht nur ein Recht der neuen Zeit, es ist auch ein uraltes historisches Recht.

Ein alter Schulmeister.

Mit gerechter Entrüstung, aber auch mit tiefem Schmerze empfängt Deutschland in dem Schutzgesetz der Nationalversammlung eine neue Kunde des rückwärtsgehenden Parlaments. Eben in der Berathung der Grundrechte des Volkes begriffen, macht diese Versammlung zu ihren Gunsten eine Ausnahme von den Grundrechten der freien Presse, der Volksversammlung, des Gerichtsverfahrens. Durch diese Ausnahmsgesetze erklärt die Nationalversammlung indirekt, daß sie fühlt, das Vertrauen des Volkes verscherzt zu haben und ihre Fortdauer nur durch, man möchte fast sagen drakonische Gesetze sichern kann. Denn eine Versammlung, die fühlt, daß sie im Vertrauen des Volkes wurzelt, bedarf keines Schutzes, denn das Volk steht hinter ihr mit derselben Liebe, die sie ihm beweist. Aber da liegt es eben, die Liebe fehlte, darum ist die Drachensaat des Hasses aufgegangen und

„Nicht hoffe, wer des Drachen Zähne sä't,
Erfreuliches zu ernten."

Aus diesem Hasse ist das Frankfurter Attentat hervorgegangen, das nimmer sich ereignet hätte, wenn die Majorität, statt kühne Griffe zu thun und einen Unverantwortlichen zu schaffen, statt mit Hohn und Gelächter jede freie Meinungsäußerung der Linken zu begleiten, in die Volkswünsche eingegangen wäre, die nichts anderes bezweckten, als Wahrung der Achtung und Ehre nach Außen und Sicherung der Rechtsverhältnisse, der Freiheit, Einheit und Wohlfahrt nach Innen. Jede Zögerung, jede Schwankung und jedes, auch das kleinste Aufgeben ihrer souverainen Stellung war eine Mißkennung und ein Verrath an der Sendung der Volksabgeordneten zum Reichstag und mußte zu einem bösen Ende führen. Wer möchte läugnen, daß sich dieses böse Ende sowohl im Frankfurter Attentat als in der Verachtung des Auslandes, im Mißtrauen des Volkes und der immer tiefer einbrechenden Zerklüftung Deutschlands geäußert hat?

Die Folgen der Erhebung in Wien zeigen sich bereits auch in Berlin. In der dortigen Nationalversammlung haben sich einige Abgeordnete des Centrums auf die linke Seite gesetzt; auch das Jagdgesetz hat in Folge dessen eine sehr freisinnige Fassung bekommen. Volksversammlungen finden allorts statt, so vor dem Halle'schen Thor eine für „Civil und Militär" durch den Präsidenten des Lindenclubbs, Müller. Es hat den Anschein, als wollen die Gratulationen zur Feier des königl. Geburtsfestes sehr spärlich ausfallen; selbst die Nationalversammlung wird nur dann gratuliren, wenn sich der König in Charlottenburg oder Bellevue befinden soll. Nach Potsdam oder Sanssouci wird nicht gratulirt.

Der Centralausschuß der Demokraten Deutschlands an die demokratischen Vereine.

Mitbürger!

Wir berufen hiermit, unserem Auftrage gemäß, den allgemeinen Congreß der deutschen Demokraten. Die Abgeordneten der Vereine sind eingeladen, am 26. Oktober sich in Berlin einzufinden. Alle Vereine, welche die Durchführung der Demokratie zum Ziele ihrer Thätigkeit machen, sind berechtigt und aufgefordert, den Congreß zu beschicken. Kleinere Vereine, welche nicht im Stande sind, eigene Abgeordnete zu schicken, werden gebeten,

© Stadtbibliothek Ulm, 2021. Signatur: 34 587;